

Gemeinde Aumühle

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigt:

Ja-Stimme(n):

Nein-Stimme(n):

Enthaltung(en):

Ausschluss nach § 22 GO:

Beschlussvorlage 12/083/2022 Status voraussichtlich: öffentlich Sichtbarkeit im Internet: öffentlich		Datum: 26.09.2022 Federführend: Amt I.0 - Hauptamt, Büroleitung
Beitritt Initiative "Lebenswerte Städte"		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
06.10.2022	Umweltausschuss der Gemeinde Aumühle	Vorberatung
27.10.2022	Gemeindevertretung Aumühle	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Umweltausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung folgenden Beschluss zu fassen:

Die Gemeindevertretung beauftragt den Bürgermeister einen Beitritt der Gemeinde Aumühle zur Initiative Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten zum nächstmöglichen Zeitpunkt herbeizuführen.

Sachverhalt:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat den beigefügten Antrag gestellt. Inhaltlich wird daher auf die Anlage verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen:

Anlage/n:

- 1 Antrag Beitritt Initiative Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten

Antrag/Beschlussvorlage von Bündnis 90/Die Grünen

Thema: Beitritt der Gemeinde Aumühle zur Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“

Der Umweltausschuss beschließt, in der nächsten Gemeinderatssitzung am 27.10.2022 folgende Beschlussfassung zu beantragen:

„Die Gemeindevertretung beauftragt den Bürgermeister einen Beitritt der Gemeinde Aumühle zur Initiative **Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten** zum nächstmöglichen Zeitpunkt herbeizuführen.“

Begründung

Die Gemeinde Aumühle scheitert seit Jahren an den Vorgaben der Straßenverkehrsordnung, eine Verkehrsberuhigung und Sicherung der Fußgänger im Bahnhofseingangsbereich/Emil-Specht-Allee zu erreichen. Erst kürzlich wurden erneut durch ein Schreiben des Fachdienstes Straßenverkehr verkehrsregelnde Maßnahmen unter Bezugnahme auf die gesetzlichen Vorgaben abgelehnt. Dabei hat die Bundesregierung bereits eine diesbezügliche Überarbeitung des Straßenverkehrsrechts angekündigt. Bisher allerdings ohne Ergebnisse.

Ein Beitritt der Gemeinde zu dieser Initiative soll und kann den Wunsch der Gemeinde nach mehr bedarfsorientierter Eigenständigkeit in dieser Thematik befördern.

Lebendige, attraktive Städte brauchen lebenswerte öffentliche Räume. Gerade die Straßen und Plätze mit ihren vielfältigen Funktionen sind das Gesicht und Rückgrat der Städte. Sie prägen Lebensqualität und Urbanität. Sie beeinflussen ganz entscheidend, ob Menschen gerne in ihrer Stadt leben. Ein wesentliches Instrument zum Erreichen dieses Ziels ist ein stadt- und umweltverträgliches Geschwindigkeitsniveau im Kfz-Verkehr - auch auf den Hauptverkehrsstraßen. Aber:

Bei der Anordnung von Höchstgeschwindigkeiten sind den Städten und Kommunen viel zu enge Grenzen gesetzt. Die im Juli 2021 von den Städten Aachen, Augsburg, Freiburg, Hannover, Leipzig, Münster und Ulm gegründete Initiative setzt sich deshalb gegenüber dem Bund dafür ein, dass die Kommunen selbst darüber entscheiden dürfen, wann und wo welche Geschwindigkeiten angeordnet werden – zielgerichtet, flexibel und ortsbezogen. Genauso, wie es die Menschen vor Ort brauchen und wollen.

Seit Juli 2021 sind 276 Kommunen (Stand: 07.09.2022) der Initiative beigetreten, zuletzt auch ein Landkreis (Stendal).

Weitere Informationen: www.lebenswerte-staedte.de

Finanzielle Auswirkungen: keine